

Beschluss Wirtschaft & Finanzen

Gremium: Kreismitgliederversammlung Offenbach-Land
Beschlussdatum: 25.10.2025
Tagesordnungspunkt: 7. Wahlprogramm zur Kommunalwahl

Antragstext

Die finanzielle Grundlage für den Kreishaushalt ist die Kreis- und Schulumlage, die von den 13 Kommunen im Kreis Offenbach erbracht wird. Doch die Spielräume sind eng: Der Kreis stemmt neben den ihm übertragenen Auftragsangelegenheiten zentrale Zukunftsaufgaben wie Nahverkehr, Schulbau und Klimaschutz – und steht dabei finanziell mit dem Rücken an der Wand. Immer neue gesetzliche Pflichtaufgaben von Bund & Land, ohne ausreichende Finanzierung, zehren an den finanziellen Spielräumen. Die freiwilligen Leistungen des Kreises sind auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Wir GRÜNE wollen die Kreisfinanzen stabilisieren: durch eine faire Aufgabenteilung, die konsequente Nutzung von Fördergeldern, mehr Kooperation zwischen Kreis und Kommunen und eine Bündelung von Kräften – etwa in der Wirtschaftsförderung. So schaffen wir Freiräume für das, was unsere Region wirklich voranbringt.

Darüber hinaus wollen wir im Kreis folgende Maßnahmen voranbringen:

- Der Kreis soll die Finanzierung von nachhaltigen Investitionen – z.B. Schulsanierungen/-neubauten, ÖPNV, das geplante Gefahrenabwehrzentrum – über ein grünes Schulscheindarlehen als Alternative zur herkömmlichen Kreditaufnahme (Bank-/Sparkassendarlehen) darstellen. Damit wird dem Vorbild von Kommunen wie der Stadt Offenbach gefolgt, die den wachsenden Markt für nachhaltige Finanzierungen nutzen.
- Viele Chancen bleiben ungenutzt, weil Fördergelder von EU, Bund und Land nicht beantragt werden. Wir wollen ein zentrales Fördermanagement für den Kreis, um hiesige Projekte wirkungsvoll mit Fördermöglichkeiten aus Land, Bund und EU auszustatten. Insbesondere die nächsten Jahre von Sonderinvestitionen verlangen einen personellen Ausbau an dieser Stelle. Die Stelle soll auch die Kreis-Kommunen bei diesem Thema unterstützen.
- Bei der Aufstellung von Wirtschaftsplänen berücksichtigen wir Klimarisiken und -chancen systematisch, damit Investitionen langfristig planbar, resilient und wettbewerbsfähig bleiben.
- Der Kreis soll die rechtlichen Möglichkeiten ergreifen, geleistete Unterhaltsvorschüsse von den Unterhaltspflichtigen zurückzuholen. Die sogenannte „Rückgriffsquote“ soll mindestens auf das Bundesniveau von 17 % gebracht werden – sie liegt im Kreisgebiet nur bei 13 %.
- Wir fordern eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleichs (KFA): transparent, aufgabenorientiert und gerecht, damit wir in unserem Kreis zum Beispiel auch zukünftig einen bedarfsgerechten Nahverkehr bereitstellen können. Nur mit einer fairen und verlässlichen Finanzierung

können unsere Landkreise und Kommunen ihre Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge, Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur erfüllen.

- Das System Landeswohlfahrtsverband muss transparenter und effizienter werden. Die Umlagen belasten unseren Kreishaushalt massiv. Klare Aufgaben, nachvollziehbare Mittelverwendung und weniger Bürokratie könnten die Landkreise hier entlasten.
- Um die Kreisumlagen zumindest zu stabilisieren – und damit die Abgabenlast für die Kreiskommunen – soll die Kreisverwaltung eine umfassende Aufgabenkritik durchführen in Kombination mit Konsolidierungsmaßnahmen, die sie zusammen mit externer Expertise erarbeitet. Der Prozess soll in der anstehenden Wahlperiode zeitnah angestoßen und abgeschlossen werden.

Kreisverwaltung

Mit ca. 1.000 Mitarbeitenden spielt der Kreis auch als regionaler Arbeitgeber eine Rolle. Die Attraktivität der Jobs im Kreis wollen wir steigern. Neben einem „offenen Ohr“ für den Personalrat treten wir mit unserer Vision für die Zukunft an:

- Unsere Verwaltung wird digital, transparent und serviceorientiert – zugänglich für alle Menschen und resilient gegenüber Krisen. Digitalisierung soll den Behördenalltag erleichtern und Bürger*innen das Leben einfacher machen. Für uns bedeutet digitale Verwaltung mehr als PDF-Uploads: Alle Verwaltungsleistungen sollen durchgängig elektronisch, sicher, barrierefrei und in verständlicher Sprache verfügbar sein.
- Die gezielte Nutzung von Fördermitteln ist ein wichtiger Baustein für soziale Infrastruktur. Fördergeld-Management muss nachvollziehbar und wirksam sein. Wir wollen exakt hierfür Personal einstellen.
- Wir wollen einen Versorgungsatlas einführen: Viele Menschen wissen nicht, welche Hilfen es gibt – ob bei Pflege, Krisen, Familienproblemen oder Behinderung. Der bestehende Chatbot hilft bei Verwaltungsfragen, aber nicht in belastenden Lebenslagen. Deshalb setzen wir uns für einen digitalen Versorgungsatlas ein, der auf einer interaktiven Karte zeigt, was wo erreichbar ist. Hier kann nach Lebenssituation, Zielgruppe und Wohnort gefiltert und gefunden werden. Mit Zuständigkeiten, Kontaktdaten, Öffnungszeiten und barrierefreiem Zugang.
- Die Kreisverwaltung soll weiter und umfangreicher Möglichkeiten zum Laden von E-Fahrzeugen anbieten, etwa in einem ersten Schritt für die Mitarbeitenden der Kreisverwaltung.
- Für das Beschaffungswesen im Kreis gestalten wir Leitlinien, die Material- sowie Energieverbrauch schrittweise reduzieren und so Umweltverträglichkeit sicherstellen.

VERWALTUNG DIGITALISIEREN | SCHULDSCHEINE FÜR KREISPROJEKTE | KREISFINANZEN
GUTACHTERLICH VERBESSERN | KLIMACHECK FÜR KREISFINANZEN